

Wilsdruffer Tageblatt

Jahressprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abdruckt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeginn monatlich 4.50 M., durch unsere Vertreter zugeteilt in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.25 M., durch die Post bezogen durchschnittlich 15.25 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jedwede Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Widerspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 M. für die 6 geteilte Spaltenzeile oder deren Raum, Restamen, die 2 halbe Spaltenzeile 1.50 M. Bei Wiederholungen und Jahresvertrag entsprechender Ermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 geteilte Spaltenzeile 3 M. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Beiträge übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abdruckanspruch erlischt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 200.

Sonnabend den 27. August 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bei uns sind eingegangen vom Sächsischen Gesetzblatt das 11. bis 18. Stück vom Jahre 1921, vom Reichs-Gesetzblatt Nr. 59 bis 86 vom Jahre 1921.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlag in der Hausflur des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 26. August 1921.

Der Stadtrat.

Montag den 29. August vormittags 9—1 Uhr

Ausgabe der neuen Kohlengrundkarten.

Die Kohlenkarten sind sofort bei dem auf der Grundkarte angegebenen Händler zur Anmeldung vorzulegen.

Wilsdruff, am 25. August 1921

5403

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag ist am 25. August nachmittags in Berlin unterzeichnet worden.

* Die Einigung der Reichsregierung mit den Beamten und Arbeitern über die Lohn- und Gehaltsforderungen steht bevor.

* Auch die polnische Gesandtschaft in Paris dementiert die Nachricht von direkten Besprechungen über Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen.

* Der Flieger Borges hat in Romowden den Höhenrekord für den Flug mit zwei Passagieren geschlagen, indem er eine Höhe von 8700 Meter erreichte.

* Sabotageaktionen bestätigen die Nachricht von einem Mißerfolg der Griechen nach der fünfjährigen Schlacht am Fluss Satharia.

Rattenfänger.

Nachdem die Blochbläser des Entente-Orchesters in Paris reichlich viel Atem auf schmetternde Kriegsfanfaren verschwenden haben, versuchen sie sich jetzt mit sanfteren Tönen auf der Rattenfängerflöte. Es ist den französischen Vertretern im Obersten Räte nicht gelungen, ihren Standpunkt in der ober-schlesischen Frage durchzusetzen, obwohl sie sich von allem Anfang an sehr als die harten Männer aufspielten, die unter Umständen auch allein fertig bringen würden, was in Gemeinschaft mit den andern nicht zu erreichen war. Dieser Rausch ist schnell verfliegen. Man sieht in Paris ein, daß man gegen den Willen fast aller anderen Verbündeten doch nicht so große Stücke von Oberschlesien den Warschauer Freunden zuschieben kann, wie man es im polnischen (d. h. im französischen) Interesse gern getan hätte. Man sieht jetzt sogar, daß die Überweisung der ganzen Frage an den Völkerverbund, die wegen der damit verbundenen Verschiebung zunächst als Erfolg Briand's angesehen wurde, doch auch manches Bedenkenliche für Frankreich hat, denn die Mehrheitsverhältnisse liegen im Völkerverbund für die Pariser Diplomaten womöglich noch ungünstiger als im Obersten Rat. Man sieht ferner, daß man mit Lärm und gewalttätigen Gesten nicht weiter kommt, und da faßt man einmal das ganze Problem vom andern Ende an. Warum, so fragt man, sollen sich Deutschland und Polen nicht unter sich friedlich über Oberschlesien einigen? Warum soll nicht in direkter Verhandlung zwischen Berliner und Warschauer Vertretern vor dem Völkerverbund die Lösung gefunden werden, die man in Paris nicht fand, und die man, wie man schon jetzt befürchtet, wohl auch in Genf nicht finden wird? Man weiß sogar in Paris bereits — und das ist das Zeitmotiv der schönen Rattenfängermelodie —, daß Polen und Deutschland beide einwillig seien, für den Preis einer friedlichen Einigung bedeutende Opfer zu bringen!

Man weiß, was man wünscht, und stellt die unsinnigsten Behauptungen als einfache Selbstverständlichkeiten hin. In Deutschland aber fragt man erstaunt, was für „Opfer“ denn gemeint sein könnten. Was soll Polen von einem Lande „opfern“, von dem ihm noch kein Zipfelchen gehört? Und was soll Deutschland gewillig von einer deutschen Provinz aufgeben, die nach Recht und Gerechtigkeit unbedingt ohne jede Kürzung bei Deutschland bleiben müßte? Glaubt man ernstlich, man könne unter dem süßen Wort von der friedlichen direkten Verständigung den schamlosen Betrug verbergen, den ein solcher Vorschlag beiderseitiger „Opfer“ in sich schließt? Während in Wirklichkeit allmählich immer deutlicher die Erkenntnis durchdringt, daß die polnischen Ansprüche auf sehr schwachen Füßen stehen, tut man in Paris so, als ob eine Teilung des Abstimmungsgebietes von vornherein beschlossene Sache sei und als ob Deutschland und Polen ungefähr mit dem gleichen Recht jeder ein Stück der Provinz verlangen könnten. Das ist die Methode des Räubers, der sich als gerechter Mann vorkommt, wenn er seinem Opfer eine Teilung des Raubes vorschlägt. Zum Schaden fügt er Spott und Hohn hinzu.

Wenn der Gedanke direkter Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen auf der Grundlage beiderseitiger Opfer von vornherein eine Unmöglichkeit ist, denn keine deutsche Regierung könnte die Verantwortung tragen, einen Fußbreit deutschen Landes dem Polen auszuliefern, so darf nicht vergessen werden, daß Verhandlungen an sich sehr wohl denkbar sind, aber auf ganz anderer Basis. Wir haben schon früher den Polen angeboten, daß wir ihnen beim Aufbau ihrer zerstörten Industrie, bei der Ausbarmachung ihrer riesigen, bisher noch wenig erschlossenen eigenen Rohrentlager behilflich sein wollen und ihnen auch andere wirtschaftliche Unterstützungen gewähren wollen, wenn uns unser deutsches Oberschlesien unterstellt ac-

lassen wird. Das wären die nicht zu unterschätzenden Angebote, die ein deutscher Unterhändler in Genf vorbringen könnte. Darüber hinaus aber können wir nicht gehen, und niemals können wir von dem Standpunkt abgehen, daß nur die Gewalt, wie aber das Recht ein Stück deutscher Erde vom Reiche losreißen wird. Um wieviel weniger können wir selbst etwas davon „opfern“!

Die Veranlassung zu dem französischen Rattenfänger-Spiel findet man bei näherem Zusehen ganz einfach in der peinlichen Verlegenheit, in die man durch die jüngste Entwicklung der ober-schlesischen Frage gekommen ist. Der spanische Botschafter, der französischfreundlich gesinnt ist, hat es abgelehnt, die Berichterstattung über Oberschlesien vor dem Völkerverbund zu übernehmen, ebenso haben die Belgier sich dazu nicht bereitgefunden. Die Enttäuschung darüber kommt in der französischen Presse laut zum Ausdruck. Der Bericht ist zwar nicht das Entscheidende, aber er ist doch von großem Einfluß auf den Verlauf der Verhandlungen, und nachdem nun der japanische Delegierte und Vorsitzende des Völkerverbundes, Baron Ishii selbst diese Berichterstattung übernimmt, ist zu erwarten, daß die notwendige Neutralität (wenigstens soweit das bei den Alliierten überhaupt vorausgesetzt werden kann) gewahrt wird. Gerade das aber geht den Franzosen sehr gegen den Strich. Ebenso müssen sie beobachten, daß in Oberschlesien selbst auch bei der polnischen Bevölkerung die Sympathien für den Anschluß an Polen immer geringer werden. Damit schwinden aber auch die Aussichten, der polnischen Republik, die im französischen Solde das gebaute und gefährdete Deutsche Reich von Osten her bewachen und bedrohen soll, durch einen so fetten Dissen, wie es die ober-schlesischen Industriekreise sind, wieder auf die Beine zu helfen — ganz abgesehen davon, daß in Polen selbst neuerdings vernünftige Stimmen laut werden, die offen zugeben, daß bei einer Fortsetzung der ungeheuerlichen inneren Mißwirtschaft in Polen auch der Raub Oberschlesiens keine Hilfe, sondern nur einen kurzen Aufschub des sicheren Verfalls bringen könnte.

Und angesichts dieser veränderten Lage sollen wir jetzt freiwillig hergeben, was man uns vermutlich doch nicht gewaltsam nehmen kann und wird?! Sollen selbst die Hand zu einem Vergleich bieten, der unser Recht in Unrecht verkehren würde? Nein, die Pariser Rattenfänger werden keine deutsche Regierung finden, die sich von ihnen blind ins Unglück führen läßt.

Vor der Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die Ober-schlesische Volksstimme in Gletwitz meldet mit Genehmigung der Zensur, daß ihr von einer der Interalliierten Kommission nachstehenden Seite mitgeteilt worden ist, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes über Oberschlesien in den nächsten Tagen bevorsteht. Die letzten Wochen hatten die Interalliierte Kommission Zweifel davon überzeugt, daß die Veruhigung Oberschlesiens so weit wieder eingetreten ist, daß die Aufrechterhaltung der Maßnahme des Ausnahmezustandes zwecklos erscheint.

Eine der hauptsächlichsten Ursachen dieser Veruhigung ist der Stimmungsumschwung in der ober-schlesischen Bevölkerung. Sehr oft kann man heute von polnisch gesinnten Oberschlesiern den Ausspruch hören: „Ja, wenn es jetzt eine zweite Abstimmung gäbe, wir würden alle für Deutschland stimmen.“

Die Kosten der Besatzungsarmee.

Nach einer Meldung der Interalliierten Kommission betragen bis 1. August die Kosten für die Besatzungsarmee in Oberschlesien 9 1/2 Milliarden Mark. Nach dem Versailler Vertrag sollen die Kosten der Besatzung bekanntlich demjenigen Staat zur Last, dem das Abstimmungsgebiet zugesprochen wird.

Friede mit Amerika.

Der Vertrag in Berlin unterzeichnet.

Berlin, 25. August.

Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist heute nachmittags vom deutschen Außenminister und dem amerikanischen Geschäftsträger Drefel in Berlin unterzeichnet worden. Die Ratifikation des Vertrages ist Ende September nach dem Wiederzusammentritt des deutschen Reichstags und des amerikanischen Senats zu erwarten. Nach dem Aus-

tausch der Ratifikationen wird sofort die Ernennung eines Botschafters und konsularer Vertreter erfolgen. Die erste Aufgabe des neuen amerikanischen Botschafters in Berlin wird der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland sein.

Der Vertrag ist im Gegensatz zu dem sehr umfangreichen Versailler Friedensinstrument nur ein kurzes Dokument von etwa 1200 Worten. Seine Veröffentlichung steht unmittelbar bevor. Der Vertrag unterscheidet sich in wichtigen Punkten von dem Versailler Friedensvertrag. Im Versailler Vertrag ist von der traditionellen Form abgegangen worden, die ausdrückte, daß die bisher kriegsführenden Mächte, von dem Wunsche geleitet, wieder in Frieden und Freundschaft zu leben, den Vertrag abschließen. Im Versailler Vertrag ist diese Formel mit Willen und betont fortgelassen worden, in dem Friedensvertrage zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland lehrt sie wieder. Die Bestimmungen über den Völkerverbund, die Strafen und Auslieferungsbefugnisse und die polnischen Bestimmungen über Europa, die im Versailler Vertrag stehen, fehlen im deutsch-amerikanischen Vertrag, ebenso wie im österreichisch-amerikanischen Frieden, der zwei Tage vorher unterzeichnet wurde. In der am meisten interessierenden Frage des deutschen Eigentums in Amerika ist zu beachten, daß die Vereinigten Staaten sich alle aus dem Versailler Vertrag hervorgehenden Rechte vorbehalten. In einer amtlichen Erklärung des Weissen Hauses wird im übrigen betont, daß der Vertrag nur ein vorläufiger Friedensvertrag sei, auf dessen Ratifikation ein Freundschafts- und Handelsvertrag folgen werde.

Die Lohn- und Gehaltsforderungen.

Einigung bevorstehend.

Berlin, 25. August.

In der Reichskanzlei fanden Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern über die von den Beamten und Arbeitern erhobenen Forderungen statt. Von allen anwesenden Führern sowohl der Koalitions- wie der Oppositionsparteien wurde erklärt, daß bei weiterer Fortschritt der Forderung notwendigerweise eine allgemeine Steigerung der Löhne unausweichlich sei.

In einer gemeinsamen Beratung mit den Beamten- und Gewerkschaftsführern machten die Regierungsvertreter weitere Vorschläge, die bei den einzelnen Organisationen beraten werden. Man hofft auf Zusammenkommen einer Vereinbarung in den nächsten Stunden. Die Beamtenorganisationen, deren Vertreter den guten Willen zeigen, die Situation nicht unnötig zu verschärfen, haben die Forderung nach einer Mindestgarantie fallen lassen, nachdem sie über ihre finanzielle Tragweite aufgeklärt worden waren. Dagegen hat die Regierung sich bereit erklärt, über den ursprünglichen Projekt der Erhöhung hinauszugehen.

Ein Spekulanten-Gesetz.

Die Sucht nach mabelschem Gewinn.

In einer Konferenz von Berliner und Frankfurter Börsenvorständen mit dem Handelsminister sind Börsenverhältnisse erörtert worden, u. a. auch Maßnahmen gegen die Auswüchse der Spekulation.

Es ist hauptsächlich unsere unglückliche Valuta, welche eine solche Unsicherheit in alle Geschäfte bringt. Vor dem Kriege hatten wir auch Börsenspekulationen, aber wir besaßen doch in dem Gelde eine im allgemeinen zuverlässige Wertmasse. Das deutsche Zwanzigmarkstück oder das Wertpapier, das es ersetzte, war in der ganzen Welt bekannt und hatte seinen festen Wert. Jetzt ist unsere Goldwährung in die Brüche gegangen, wir arbeiten mit Papier in fürchterlichen Mengen und der Kurs schwankt unangesehrt, gerade infolge der Spekulation. Inländer und Ausländer sind daran beteiligt. Wir haben in diesen Tagen wieder erleben müssen, wie mit einer fieberhaften Leidenschaft darauf spekuliert wurde, Börsen aufzukaufen, um sie dem Deutschen Reiche möglichst teuer zum Kauf anzubieten und dadurch möglichst hohe Spekulationsgewinne zu erzielen. An diesen Spekulationen ist das deutsche Volk selbst in ganz hervorragendem Maße beteiligt, und wenn bisher darauf verzichtet wurde, das Börsengeschäft steuerlich zu erfassen, so wurde durch diesen Umstand die Spekulationslust noch künstlich gehoben.

Ob es durch eine Besteuerung abgemildert wird, mehr